

## EINWOHNERRAT

### PROTOKOLL

der 15. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2000-2004)

---

Sitzungsdatum: 23. Januar 2002  
Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil  
Sitzungsdauer: 18.00 – 21.10 Uhr

---

Präsenz  
Einwohnerrat: Vorsitz Beat Meyer-Zehnder, Präsident Einwohnerrat  
Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Ruth Greiner, Präsidentin  
Dr. Anton Lauber, Vizepräsident  
Dr. Leo Zehnder  
Roman Meury  
Bea Fuchs  
Paul Schüpbach  
Nicole Nüssli

Gemeindeverwaltung: Max Kamber, Gemeindeverwalter  
Christine Graf, Sekretariat Einwohnerrat (Protokoll)

Gäste: ---  
Entschuldigt: Jacqueline B. Misslin  
Lucius Cueni  
.....

Abwesend:

---

### Bereinigte Traktandenliste

1. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Postulat betreffend Erweiterung des Pensums Psychologe/Psychologin  
Schulpsychologischer Dienst / Erziehungsberatung, Geschäft 3183A
2. Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend  
Schaffung eines Feuerwehrkonzeptes, Geschäft 3304
3. Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend  
Differenzen zwischen den Feuerwehren der Region  
und der Sanität Basel-Stadt, Geschäft 3288

4. Dringliche Interpellation von Ivo Corvini, CVP, und Felix Mensch, CVP, betreffend sofortige Stellenwiederbesetzung in der momentan ungünstigen finanziellen Situation der Gemeinde Allschwil, Geschäft 3332
5. Postulat von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, betreffend Schaffung einer angemessenen Feier für Hochzeitsjubilarpaaare der Goldenen-, Diamantenen-, Eisernen- usw. Hochzeit, Geschäft 3289
6. Interpellation von Heinz Werdenberg, SD-Fraktion, betreffend Permanente Verkehrsübertretungen durch auswärtige Gäste des Restaurant Schlüssel – was hat der Gemeinderat bis jetzt dagegen unternommen?, Geschäft 3296

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER des Gemeinderates

---

### **Die Protokollführerin**

Christine Graf

---

### **Einwohnerratsprotokoll Nr. 15 vom 23. Januar 2002**

**://:** Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

### **Der Präsident des Einwohnerrates Allschwil**

Beat Meyer-Zehnder

---

## **Begrüssung / Ansprache des Präsidenten zum 30 Jahre-Jubiläum (1972 – 2002)**

Der Vorsitzende **Beat Meyer-Zehnder** begrüsst die Anwesenden zur 1. Sitzung des Jahres 2002.

## **Ansprache des Präsidenten zum 30 Jahre-Jubiläum des Einwohnerrates Allschwil**

„Sie haben es bereits den Medien entnehmen können: mit der heutigen Sitzung begeht der Einwohnerrat Allschwil sein 30-jähriges Jubiläum. In dieser Zeit sind sage und schreibe 332 Sitzungen durchgeführt worden, wir befinden uns also aktuell in der 333..

Das Büro hat beschlossen, für dieses Jubiläum keine Sonderveranstaltung, keine Sondersitzung oder besondere Feierlichkeiten zu veranstalten, nicht zuletzt auch mangels vorhandener finanzieller Mittel.

Trotzdem soll der runde Geburtstag nicht einfach so abgehäkelt werden. Ich habe ihn zum Anlass genommen, mir einmal die Protokolle des ersten ER-Jahres, 1972 zu Gemüte zu führen (das Ding sieht so aus) und ich kann Ihnen sagen: das war interessant, das war spannend, das war zum Teil auch dreissig Jahre später noch sehr, sehr aktuell und ich kann Ihnen diese Lektüre nur sehr empfehlen. (Klammerbemerkung: Sie können sich es natürlich auch einfacher machen: frei nach dem Motto: Fragen Sie Felix, Felix Mensch nämlich. Er ist der Einzige, der seit der Stunde Null des Einwohnerrates Allschwil bis heute ununterbrochen dabei ist, und ich glaube, er hat nicht manche der 333 Sitzungen ausgelassen.)

Ich möchte aber doch ein paar déjà - vu - Momente aus dem ersten Sitzungsjahr speziell erwähnen, die mir besonders aufgefallen sind:

Da gab es z.B. an einer der ersten Sitzungen im Mai 1972 ein Postulat zum Thema: Vandalismus in Bedürfnisanstalten. In der Antwort finden wir unter anderem die folgenden Passagen: "Der moderne Vandalismus hinterlässt Spuren und Schäden in öffentlichen Parkanlagen, Spielplätzen, Telefonkabinen und Bedürfnisanstalten. Sitzbänke, Beleuchtungen und sanitäre Installationen sind bevorzugte Opfer. Rückfragen in Binningen, Birsfelden, Münchenstein, Muttenz, Pratteln und Reinach haben ergeben, dass das unschöne Bild überall das gleiche ist." Wenn ich z.B. an einen Zeitungsartikel in der BaZ zum Thema Vandalismus und BVB von gestern denke stelle ich fest, dass man heute mit Nuancen leider in etwa das Gleiche berichten muss !

- Dann etwas mehr geschäftsordnungs-technisches: ebenfalls an der Mai-Sitzung 72 wurde das erste einwohnerrätliche Timeout genommen, es dauerte 5 Minuten, wir liegen also heute nicht schlecht im Rennen.

An der Septembersitzung 1972 kam eine Interpellation betreffend Auswirkungen des Flugbetriebes über Allschwil zur Debatte. Ich zitiere auch hier einige wenige Sätze, so wurde unter anderem festgehalten: "Der Flughafen Basel-Mülhausen befindet sich im Ausland, wir sind mit unseren Interventionen zum grössten Teil dem Goodwill der französischen Nachbarn ausgeliefert. Die schweizerische Flughafendirektion und der Verwaltungsrat sind bereit, das Nachtflugverbot noch im Jahre 1972 zu realisieren" oder: "seitens des Gemeinderates ist man jedenfalls bestrebt, jede finanziell tragbare Massnahme zum Schutze der Wohnlichkeit, der Umwelt und der Einwohner zu fördern und wenn immer möglich zu realisieren." An dieser Sitzung wurde u.a. die Forderung aufgestellt, "dass nur noch 50% der startenden Flugzeuge über Allschwil starten" .... und das Abschlussvotum der damaligen Debatte lautete: "Wir haben heute vehemente Voten zu diesem Thema gehört und wären glücklich, wenn sie aus diesen gläsernen Wänden hinaus gingen und Wirkung hätten. Gleichgültigkeit ermöglicht das Weiterwursteln." das war 1972 - und ich glaube, dem ist zu diesem Thema auch heute nichts beizufügen !

Wenn es schon beim Thema Flugverkehr hoch zu und her ging, dann gab es in der Novembersitzung 72 ein weiteres Gebiet, wo die Emotionen hochkamen. Vielleicht liegt es ja am Monat November, (siehe letztes Jahr an dieser Stelle) - jedenfalls ging es bei diesem Geschäft um die Feuerwehr Allschwil. Auch damals schon fielen Reizworte wie: Regionalfeuerwehr und Auslagerung nach Basel, und auch an dieser Sitzung sind (verbal) einige Fetzen geflogen.

- Gegen Ende Jahr 1972, in einer zweiten Novembersitzung, wurde dann das Budget beraten. Es gab damals 5 Budgetpostulate, und auf der Traktandenliste standen noch eine Reglements-Teilrevision, eine Vorlage für ein Bauprojekt mit Kreditbeschluss von rund einer halben Million Franken, ein Postulat sowie ein gemeinderätlicher Bericht zu einer Vernehmlassung. Was meinen Sie, was damals alles erledigt wurde von diesen Geschäften? Alles, und trotz recht engagierten Diskussionen war die Sitzung um 21.10 vorbei. Sie erinnern sich ja alle noch an den 12 Dezember 2001, nehme ich an ...

Kurz zum statistischen Teil: 1972 fanden 13 ER-Sitzungen statt. An diesen wurden total 90 Geschäfte vom Rat behandelt, nämlich 50 gemeinderätliche Vorlagen, 20 Interpellationen, 7 Motionen, 10 Postulate, 1 kleine Anfrage und 2 Kommissionsberichte. Markant, gerade auch im Vergleich zu heute: mit gerade mal 2 Ausnahmen hat man an den Sitzungen sämtliche Traktanden beraten oder (wenn es längere Reglemente oder Pläne waren) zumindest damit angefangen. Was in einer Sitzung an persönlichen Vorstössen einging, wurde meistens bereits in der nächsten Sitzung traktandiert.

Die Sitzungen begannen wie heute um 18.00 Uhr. Sie waren -wie heute- zu unterschiedlichen Zeitpunkten fertig. Die Extremwerte 1972: Spätestes Sitzungsende war um 22.30 Uhr, frühestes Sitzungsende war um 20.15 Uhr.“

### **Mitteilungen**

Auf Antrag von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, wurde das Protokoll der Plenarsitzung vom 17. Oktober 2001 in einer Aussage von Dr. Leo Zehnder, Finanzvorsteher, zum Budget 2002 ergänzt.

Eingang einer Beschwerde Budget-Postulat 3???, von Einwohnerräten .... Sie verlangt die Aufhebung des entsprechenden Einwohnerratesbeschlusses. Die Beschwerdeführer haben eine Frist bis 8. Februar 2002, um die Beschwerde ausführlich zu begründen. Anschliessend findet eine Vernehmlassung statt. Der Regierungsrat BL wird über die Beschwerde entscheiden.

### **Bereinigung der Traktandenliste**

Traktandum 4: Das Postulat von **Ursula Pozivil-Pfister**, FDP-Fraktion, betreffend Schaffung einer angemessenen Feier für Hochzeitsjubilarpaaire, Geschäft 3289, wird von der Postulantin aus Spargründen zurückgezogen.

Traktandum 8: Infolge Abwesenheit bittet der Interpellant Dr. Guido Beretta, Geschäft 3323 von der heutigen Traktandenliste abzusetzen.

**://**: Absetzung von Traktandum 8 wird mit grossem Mehr gutgeheissen.

### **Neue parlamentarische Vorstösse**

- Dringliche Interpellation von Ivo Corvini, CVP und Felix Mensch, CVP betreffend sofortige Stellenwiederbesetzung in der momentan ungünstigen finanziellen Situation der Gemeinde Allschwil, Geschäft 3332
- Dringliche Motion von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Plafonierung des Personalbestandes, Geschäft 3333
- Postulat von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Dienstleistungen der Gemeinde Allschwil, Geschäft 3334

- Postulat von Robert Richner, FDP-Fraktion, betreffend Sponsoring von einzelnen Gemeindeleistungen, Geschäft 3335

### **Begründung der Dringlichkeit Geschäft 3332:**

**Dr. Ivo Corvini**, CVP: Die Gemeinde Allschwil befindet sich in einer finanziell ungünstigen Situation. Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, müssen Sparmassnahmen eingeleitet werden. Dabei muss jede Ausgabenposition zur Diskussion gestellt werden. Es drängen sich auch immer wieder Fragen auf, wie bei einer Neubesetzung einer Stelle, ob diese wirklich notwendig ist. Zur Zeit sucht die Gemeinde Allschwil infolge Beförderung des jetzigen Stelleninhabers einen Juristen für die 50%-Stelle im Rechtsdienst. Diese Interpellation stellt Fragen im direkten Zusammenhang mit dieser Neubesetzung. Er bittet den Rat, der Dringlichkeit aufgrund der Aktualität zuzustimmen.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, ist grundsätzlich der Meinung, dass nun alle Fraktionen die gleichen Voraussetzungen bezüglich Sparmassnahmen haben. Das Budget 2002 wurde durch einen Kompromiss gutgeheissen. Deshalb sieht er keinen Grund, in diesem Fall Dringlichkeit gutzuheissen. Er verlangt zudem ein Time Out, um das Anliegen der Interpellation in der Fraktion besprechen zu können.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner** gibt bekannt, dass der Gemeinderat bereit ist, die Interpellation heute Abend zu beantworten.

Namens der FDP-Fraktion gibt **Alex Horisberger** Zustimmung zur Dringlichkeit bekannt.

Das 2/3-Mehr beträgt zur Zeit (bei 32 Anwesenden) 22 Stimmen.

### **- Time Out -**

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Nach Beratung kann auch die SP-Fraktion der Dringlichkeit zustimmen. Gleichwohl kritisiert er das latente Misstrauen, welches gegenüber dem Rechtsdienst besteht. Dieser werde auch vom Einwohnerrat des Öfteren in Anspruch genommen.

**://**: Mit 31:0 Stimmen wird die Interpellation 3332 für dringlich erklärt.

### **Begründung der Dringlichkeit Geschäft 3333:**

**Alex Horisberger**, FDP-Fraktion: Die Dringlichkeit ziele in die selbe Richtung wie für die Interpellation 3332. Rückblick 12.12. emotionsgeladen. Hat da herausgeapürt den künftigen Sparwillen sowohl des GR wie auch des Einwohnerrates. Deshalb verlangt die Motion Sofortmassnahmen und ist deshalb auch dringlich eingereicht. Ein weiterer Ausbau des Personaletats soll verhindert werden. Er hofft auf Zustimmung zur Dringlichkeit.

Gemeindepräsidentin **Ruth Greiner**: Der Gemeinderat ist bereit, die dringliche Motion entgegen zu nehmen, da die Fragestellung in die selbe Richtung geht wie bei der Interpellation 3332.

**Kurt Kneier**, CVP/SVP-Fraktion, erkundigt sich, wie eine dringliche Motion heute Abend erledigt werden soll. Diese gehe für ihn weiter, wird der GR für etwas verpflichtet, muss er die Situation nochmals überdenken.

**Ruth Greiner**, Gemeindepräsidentin, erläutert, dass mit einer Motion der GR beauftragt werden kann, einen Entscheid zu respektieren und entsprechend zu handeln. Wird die Motion dringlich erklärt, wird sie heute behandelt, und nicht dann, wenn sie einmal auf der TL erscheint. Der Rat muss zu der gestellten Frage Stellung nehmen. Der Gemeinderat wird den Rat zu überzeugen versuchen, dass eine solche drastische Massnahme nicht sinnvoll ist. Es sei zudem interessant

zu sehen, dass die Traktandenliste der heutigen Sitzung gleichzeitig eine Stellenaufstockung bringt, gleichzeitig eine Plafonierung.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion: Die Motion fordert, als Sofortmassnahme den Personalbestand für 24 Monate auf dem heutigen Stand zu plafonieren. Das heisst konkret, dass Traktandum 1 nicht mehr diskutiert werden muss. Es ist nicht abzusehen, was in Allschwil welcher Personal-Bedarf in sämtlichen Bereichen (Schule, Polizei, Feuerwehr, etc.) in 2 Jahren in Allschwil besteht.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, bereitet die Form Probleme. Eine dringliche Motion, welche vom Inhalt her keine Motion ist, weil sie nicht eine Reglements-Aenderung fordert, kann er nicht gelten lassen formmässig. Deshalb kann seiner Meinung nach auch nicht über die Dringlichkeit abgestimmt werden.

**Jakob Vogt-Pauluzzi**, CVP/SVP-Fraktion: Zur Zeit ist die Personalsituation auf der Steuerabteilung unklar infolge nichtabsehbarem Mehraufwand durch die Einführung der einjährigen Steuerveranlagung. Wie kann ein allfälliger zusätzlicher Personalbedarf bei einem Personalstopp gedeckt werden? Diese Frage muss vor der Abstimmung beantwortet werden.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, verlangt, dass wenn Dringlichkeit beschlossen wird, die Motion vor dem Traktandum 1, Stellenaufstockung Schulpsychologischer Dienst/Erziehungsberatung (Geschäft 3183A) beraten wird.

Der Motionär **Alex Horisberger** berichtet, dass die Feuerwehrleute keine Gemeindeangestellten sind und daher nicht unter den Personalstopp fallen.

**Ruth Greiner**, Gemeindepräsidentin: Das Argument von J. Vogt sei wichtig, und genau deshalb bitte der Gemeinderat, die Motion 3333 nicht zu überweisen. Die Aufgaben der nächsten 1 - 2 Jahre für die Gemeinde Allschwil sind nicht absehbar.

Das 2/3-Mehr beträgt zur Zeit (bei 34 Anwesenden) 23 Stimmen.

**//:** Die Dringlichkeit der Motion von Alex Horisberger, FDP-Fraktion, betreffend Plafonierung des Personalbestandes wird mit 18:15 Stimmen abgelehnt.

#### **Rücktritte aus dem Parlament / Neue Parlamentsmitglieder**

Olivier Rügsegger tritt per 31. Januar 2002 aus dem Gemeindeparlament aus. Er übernimmt ein Mandat im Landrat des Kantons Basel-Landschaft.

**1. Bericht des Gemeinderates betreffend  
Postulat betreffend Erweiterung des Pensums Psychologe/Psychologin  
Schulpsychologischer Dienst / Erziehungsberatung, Geschäft 3183A**

---

Departementsvorsteherin Bildung-Erziehung-Kultur, **Beatrice Fuchs**: Der Einwohnerrat hat im März 2000 das Postulat Altermatt (Geschäft 3183) grossmehrheitlich überwiesen. Aus finanzieller Sicht hatte der Gemeinderat damals das Begehren zur Ablehnung empfohlen. Aus den Voten im Einwohnerrat wurde aber deutlich, dass die Sache im Vordergrund stehen muss, und nicht die Finanzen.

Der Bericht 3183A legt ganz klar die heutige Sachlage und finanzielle Situation dar. Im Auftrag des Gemeinderates wurde Bea Fuchs bei der Kantonsregierung vorstellig und hat um Anpassung der Kantonsbeiträge gebeten. Allschwil ist - nebs Muttenz mit einer speziellen Vereinbarung - die einzige Gemeinde im Kanton Basel-Landschaft, die einen eigenen Schulpsychologischen Dienst und eine eigene Erziehungsberatung unterhält. Diese Verhandlungen waren erfolgreich und endeten mit der Zusage, dass der jährliche Beitrag des Kantons um CHF 15'000 pro Jahr und Gemeinde für die Jahre 2002/2003/2004 erhöht wird. Dies entspricht fast dem doppelten ursprünglichen Beitrag von CHF 50'000. Damit könnte die dringend benötigte Pensenaufstockung in Betracht gezogen werden. Bea Fuchs verweist auf Seite 5 der Fallstatistik und nennt die Zahlen 2001: 357 Einzelfälle, 9 Wochen Wartefristen, d.h. 33 Kinder sind auf der Warteliste (ohne Einschulungsabklärungen). Für Detailinformationen verweist die Departementsvorsteherin auf den Bericht 3183A. Er bildet Bestandteil dieses Protokollauszuges.

#### **EINTRETENSDEBATTE**

**Jürg Gass**, namens der SP-Fraktion, sieht den dringenden Bedarf für die beantragte Pensenaufstockung gegeben. Schliesslich gehe es um das Grösste Gut Allschwils, nämlich die Kinder, welche die Zukunft Allschwils bedeuten. Die Zahlen sprechen für sich. Diese Aufgabe kann nicht dem Kanton übertragen werden, weil sich dadurch die Wartezeiten nochmals verlängern würden. Je früher die Sache in Angriff genommen wird, je schneller verbessert sich die Situation.

**Ursula Pozivil**, namens der FDP-Fraktion: Die Fraktion ist geteilter Meinung. Alle wissen, wie wichtig die Aufstockung um 50 % ist. Das wäre am falschen Ort gespart. Sie hofft, dass der Einwohnerrat ein positives Zeichen setzt und dieser Aufstockung zustimmt.

**Arnold Julier**, namens der CVP/SVP-Fraktion: 1979 wurde dieser Dienst in Allschwil eingerichtet. Der Kanton kommt - gemäss der Verordnung über den Schulpsychologischen Dienst – seinen diesbezüglichen Verpflichtungen grundsätzlich nicht nach. Der Allschwiler Dienst hat sich in dieser Zeit bewährt. Er kann aber in der heutigen Form den aktuellen Bedürfnissen nicht mehr gerecht werden – die Wartezeiten werden immer länger, der Bedarf nimmt laufend zu. Für die reine Präventionsarbeit sind nicht genügend Kapazitäten vorhanden. Man müsse sich bewusst sein, dass es immer mehr Kinder gäbe, die abgeklärt oder therapiert werden müssen, um die schulische und soziale Situation zu bewältigen. Wird dies nicht gemacht, leiden nicht nur der/die Betroffene und seine Familie, sondern auch die Schulklasse. Deshalb besteht ein dringender Handlungsbedarf für die Aufstockung dieses Dienstes. Die CVP/SVP-Fraktion ist sich bewusst, dass die Gemeindefinanzen zur Zeit nicht die besten sind. Trotzdem sei diese Investition gerechtfertigt, weil sie zukünftige Kosten verhindern helfe. Die Fraktion stimmt der Aufstockung des Schulpsychologischen Dienstes/Erziehungsberatung zu und hofft auf Unterstützung des Rates.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, hinterfragt den Bericht 3183A, weil er nur quantitative Beurteilungen, nicht aber der Erfolg aufgezeigt wird. Er appelliert an die Eigenverantwortung der Eltern in der Erziehung. Fremdsprachige Eltern aus anderen Kulturen würden sich bestimmt nicht beraten

lassen. Dieser Handlungsbedarf sei konstruiert, und nicht gegeben. Er zieht Parallelen zu den Hanfläden. Die Fraktion lehnt die Stellenaufstockung klar ab. Ohne Stellenaufstockung nimmt die SD-Fraktion die zusätzlichen Kantonsbeiträge gerne an.

Gemeinderätin **Beatrice Fuchs** antwortet, dass es relativ schwierig sei, den Erfolg zu messen. Allschwil muss froh sein über diese Einrichtung, die Anlaufstelle für eine grossen Personenkreis ist. Die Hauptklientel ist zudem Schweizer/innen, und nicht ausländische Einwohner/innen. Der Erfolg besteht im Vertrauensverhältnis zum Schulpsychologischen Dienst.

**Jürg Gass**, SP-Fraktion: Unsere Aufgabe ist nicht, über die Hilfesuchenden zu urteilen, sondern Hilfe zu leisten.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, empfiehlt, den Erfolg durch einen Vergleich mit anderen Gemeinden zu messen.

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion: Die Notwendigkeit für einen Schulpsychologischen Dienst ist klar dokumentiert. Jedoch stört er sich an den zu tief ausgehandelten Kantonsbeiträgen. Mindestens 2/3 sämtlicher anfallenden Kosten müssten vom Kanton getragen werden. Er kann nicht nachvollziehen, wieso die Beiträge für Allschwil derart gering ausfallen.

**Beatrice Fuchs** weiss, dass die Wartezeiten bei der gleichen kantonalen Einrichtung 3 Monate betragen. Der Kanton wird in den nächsten 3 Jahren den Schulpsychologischen Dienst um 300 Stellenprozente erhöhen. Auch der Kanton hat grosse finanzielle Probleme. Analog dazu erhalten Muttenz und Allschwil entsprechend der Grösse der Gemeinde zusätzlich CHF 15'000 pro Jahr.

**Mark Aellen**, SP-Fraktion, hält es nicht für angebracht, zusätzliche Beiträge von einem Gegnüber, das finanziell fast noch schlechter dasteht als Allschwil, zu kritisieren. Der Sprechende kennt aus eigener Erfahrung Fälle und weiss, dass es nicht um die Betreuung fremländischer Personen geht, sondern um Schweizer Familien. Nur nach Erfolg zu zahlen, würde bedeuten, dass nur noch geholfen wird, wenn sicher ist, dass die Hilfe erfolgreich ist. Dies sei keine Diskussionsgrundlage.

**Arnold Julier**, CVP/SVP-Fraktion, ist ebenfalls der Meinung, dass Allschwil Anrecht auf die selbe Beitragshöhe wie z.B. Reinach als vergleichbare Gemeinde hat, was einem Betrag von ca. CHF 95'000 entsprechen würde. Hier müssen die Verhandlung nochmals aufgenommen werden. So lautet auch der von der CVP/SVP-Fraktion eingereichte Zusatzantrag zu Geschäft 3183A:

*Der Gemeinderat verhandelt umgehend mit dem Kanton über eine weitere Erhöhung der Jahrespauschale.*

**Dr. Ivo Corvini**, CVP/SVP-Fraktion, hält fest, dass der Bedarf für den Schulpsychologischen Dienst unbestritten sei, die Stelle jedoch nicht vergleichbar mit anderen Gemeindestellen sei, weil Allschwil dafür einen Kantonsbeitrag erhält und die Gemeinden Allschwil und Muttenz eine Ausnahme bilden. Ihm fehlt die Begründung für diese Ausnahmesituation. Deshalb bittet der Sprechende um zahlenmässige Vergleiche mit anderen Gemeinden (Leistung, Beitrag des Kantons). Diese Abklärungen müssen vor einem Entscheid gemacht werden. Beim Kanton muss der notwendige Druck ausgeübt werden.

**Alex Horisberger**, FDP-Fraktion, erkundigt sich, ob nicht der Psychologe des Vorschulheilpädagogischen Dienstes vorübergehend zusätzliche Aufgaben im Schulpsychologischen Dienst übernehmen könnte?

Im Weiteren schliesst er sich den Voten von Arnold Julier und Ivo Corvini an.

Gemeinderätin **Beatrice Fuchs** kann nicht sagen, wie Allschwil zu einem eigenen Schulpsychologischen Dienst gekommen ist. Tatsache sei aber, dass Allschwil diesen Dienst hat und diese Aufgabe gemäss den kantonalen Auflagen wahrnimmt. Dafür wird sie vom Kanton

entschädigt. Zusätzlich bietet Allschwil als kommunale Dienstleistung eine Erziehungsberatung an.

Dass die Gemeinde Reinach mehr Beiträge erhalten soll, ist für die gemeinderätliche Sprecherin neu.

Auf die Frage von Alex Horisberger betreffend Vorschulheilpädagogischer Dienst antwortet sie, dass dieser Dienst Dr Fitzgerad Crain, ein volles Pensum als Dozent und Psychologe hat und diese Aufgabe mit Sicherheit nicht noch zusätzlich übernehmen kann.

**Dr. Leo Zehnder**, Vorsteher Finanzen, zitiert das Schulgesetz, § 66: Der Schulpsychologischer Dienst , Tätigkeitsbereich, der Kanton unterhält den Schulpsychologischer Dienst . Diese Aufgabe hat der Kanton auch wahrgenommen, in dem er einen eigenen oder kommunalen Schulpsychologischen Dienst aufgebaut hat; so auch in Allschwil. Nun kann der Regierungsrat gemäss § 67 Einwohnergemeinden die Aufgabe des Schulpsychologischen Dienstes übertragen. Das hat Allschwil gemacht. Ausschlaggebend war jetzt, dass Allschwil dafür nie ausreichend entschädigt worden ist. Er erwähnt die Verhandlungen von Gemeinderätin Bea Fuchs in dieser Angelegenheit mit dem Regierungsrat BL lobend, wobei immerhin CHF 45'000 zusätzlich in 3 Jahren erhalten. Dies ist ein sehr gutes Ergebnis, wenn man weiss, wie schwierig Finanz-Verhandlungen mit den kantonalen Behörden sind. Andere Gemeinden erhalten kein Geld für den SpD, nur A. und Muttenz sind in dieser speziellen Siutation. Allschwil kann stolz auf dieses Angebot sein. Die Aufgabenerfüllung der Gemeinde Allschwil erachtet Leo Zehnder überhaupt in jedem Bereich hochwertig.

**Bruno Steiger**, SD-Fraktion, erkundigt sich, ob die Gemeinde Allschwil die Möglichkeit hat, für die Dienstleistung Schulpsychologischer Dienst kostendeckende Gebühren einzuführen?

Gemeinderat **Dr. Leo Zehnder** ist nicht bekannt, dass für eine kantonal kostenlose Dienstleistung auf Gemeindestufe Gebühren verlangt werden können.

**Jean-Jacques Winter**, SP-Fraktion, ergänzt, dass es unmöglich ist, eine Kommission wie den VHPD in einer Funktion wie den Schulpsychologischen Dienst einzusetzen. Der Einwohnerrat hat ein ganz klares Zeichen gesetzt und seinen politischen Willen geäussert, indem er den Vorstoss dem Gemeinderat zur Ausarbeitung eines Berichtes überwiesen hat. Wieder zuwarten, würde man sich selber in Frage stellen. Heute Abend wurde mehrmals angesprochen, ob Erfolg messbar sei. Der Erfolg für den ER heute Abend wäre, den Willen Hilefebedürftige Suche nach Begleitung, jeder hier drin kennt selber eine Betroffene/einen Betroffene. „Wir stehen dazu, wir haben Erfolg.“

**Felix Mensch**, CVP/SVP-Fraktion, stellt klar, dass die Dienstleistungen, welche der Kanton erbringt, nicht gratis sind.

**//:** Gestützt auf den Bericht des Gemeinderates betreffend Postulat Erweiterung des Pensums Psychologe/Psychologin Schulpsychologischer Dienst / Erziehungsberatung wird beschlossen:

1. Mit 32:3 Stimmen: Die Pensen des Schulpsychologischen Dienstes / Erziehungsberatung werden per 1. Januar 2002 um 50 Stellenprozent von 135 % auf 185 % erhöht.
2. Mit 25:0 Stimmen: Das Postulat Nr. 3183 wird als erledigt abgeschrieben.

2 06.050 Feuerwehr

**2. Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Schaffung eines Feuerwehrkonzeptes, Geschäft 3304**

---

**:::** Das Postulat von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Schaffung eines Feuerwehrkonzeptes wird einstimmig dem Gemeinderat überwiesen.

3 01.070 Personal

**3. Dringliche Interpellation von Ivo Corvini, CVP, und Felix Mensch, CVP, betreffend sofortige Stellenwiederbesetzung in der momentan ungünstigen finanziellen Situation der Gemeinde Allschwil, Geschäft 3332**

---

**:::** Die Interpellation von Ivo Corvini, CVP, und Felix Mensch, CVP, betreffend sofortige Stellenwiederbesetzung in der momentan ungünstigen finanziellen Situation der Gemeinde Allschwil wird mit 31:0 Stimmen dringlich erklärt, vom Gemeinderat beantwortet und ist damit erledigt.

4 06.050 Feuerwehr

**4. Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Differenzen zwischen den Feuerwehren der Region und der Sanität Basel-Stadt, Geschäft 3288**

---

**:::** Die Interpellation von Lucius Cueni, SP-Fraktion, betreffend Differenzen zwischen den Feuerwehren der Region und der Sanität Basel-Stadt wird vom Gemeinderat beantwortet und ist damit erledigt.

188 01.050 Repräsentationen Gemeinderat

**5. Postulat von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, betreffend Schaffung einer angemessenen Feier für Hochzeitsjubilarpaaire der Goldenen-, Diamantenen-, Eisernen- usw. Hochzeit, Geschäft 3289**

---

**://:**

Das Postulat von Ursula Pozivil, FDP-Fraktion, betreffend Schaffung einer angemessenen Feier für die Hochzeitsjubilarpaaire der Goldenen-, Diamantenen-, Eisernen usw. –Hochzeit wird von der Postulantin aus Spargründen zurückgezogen.

189      06.093      Verkehrssicherheit, Strassensignalisation, VPA

**6. Interpellation von Heinz Werdenberg, SD-Fraktion, betreffend  
Permanente Verkehrsübertretungen durch auswärtige Gäste  
des Restaurant Schlüssel – was hat der Gemeinderat bis jetzt  
dagegen unternommen?, Geschäft 3296**

---

**://:** Die Interpellation von Heinz Werdenberg, SD-Fraktion, betreffend permanente Verkehrsübertretungen durch auswärtige Gäste des Restaurant Schlüssel wird vom Gemeinderat beantwortet und ist damit erledigt.